Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Einsendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 129. [49. Jahrgang.] Sonntag den 5. Juni 1910. Erste (Abend-)Ausgabe. [49. Jahrgang.] Nr. 129.

Berlin, den 4. Juni.

Rückblicke.

Die Erörterungen über die von uns erwähnte Stelle der letzten päpstlichen Enzyklika nehmen in der Presse noch lebhaften Fortgang. Wir heben aus der Reihe der zahlreichen Äußerungen die nachstehenden hervor. Die Conservative Correspondenz schreibt u. a.: „Die hierzu berufenen Organe der evangelischen Kirche werden sicherlich nicht verfehlen, diese von Haß gegen den Protestantismus, von einer krassen Unkenntnis der Geschichte und einer völligen Verkennung des Wesens der Reformation zeugenden Ausdrücke und Gedanken gebührend zurückzuweisen. Wir sind geradezu empört über eine derartige Kundgebung, und es soll daher auch an dieser Stelle betont werden, daß solche Worte das Empfinden weitester Kreise der evangelischen Staatsbürger auf das tiefste verletzen, sowie den konfessionellen Frieden direkt gefährden müssen, und daß keine Zurückweisung gegen solche Angriffe scharf und nachdrücklich genug sein kann!"

Auch der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes erläßt eine scharf gehaltene Kundgebung.

In der Kölnischen Volkszeitung wird zunächst auf die Auslassungen der Organe des Evangelischen Bundes hingewiesen und dann bemerkt: „Es muß aber auch verzeichnet werden, daß auch Organe, die sich von der Hetze gegen die Katholiken freigehalten und einer friedlichen Zusammenarbeit der beiden Konfessionen im öffentlichen Leben oft das Wort geredet haben, betonen, daß die betreffenden Äußerungen der Enzyklika in evangelischen Kreisen großes Aufsehen erregen. Die Kreuzzeitung gibt eine Auslassung der Deutsch-evangelischen Korrespondenz wieder und bemerkt im Anschluß daran: „Einem solchen Vorgehen des Papstes gegenüber, wenn es wirklich erfolgt ist, müssen alle Versuche, den äußeren Frieden unter den Konfessionen zu fördern, erfolglos bleiben." Diesen Satz gibt auch die Nordd. Allg. Ztg. wieder. — Gegenüber den Bemühungen liberaler Organe, das Zentrum in diese Debatte zu ziehen, den „blau-schwarzen" Block zu verdächtigen im gleichen Augenblick, wo sie selbst einen liberal-konservativen Block zu stande bringen wollen, kann man nur im Interesse des bürgerlichen Friedens raten, daß alle besonnenen Elemente durch die Versuche, die öffentliche Aufmerksamkeit einseitig auf das konfessionelle Gebiet herüberzuziehen, um einen Streit herbeizuführen, den sie politisch ausschlachten können, sich nicht verlocken lassen. Wohin sollten wir auf diesem Wege kommen!"

* * *

Mit sichtlicher Beschleunigung haben die beiden Häuser des preußischen Landtages gearbeitet, und das Herrenhaus konnte bereits am Dienstag sein Pensum vorläufig abschließen. Es wird gegen Mitte Juni nochmals zusammenkommen, um Stellung zu den inzwischen vom Abgeordnetenhause weiter erledigten Gesetzentwürfen zu nehmen. Kurz vor der Verabschiedung des Staatshaushaltsetats erhielt der Justizminister Dr. Beseler Anlaß, sich gegen eine Abkürzung der juristischen Vorbereitungszeit zu wenden. Ein Redner des Herrenhauses hatte gewünscht, daß den Studierenden ein Semester auf das Jahr ihres Dienstes mit der Waffe angerechnet würde. Der Minister hob hervor, daß sechs Semester tatsächlichen Studiums unbedingt erforderlich seien, wie denn von allen Seiten betont worden wäre, die Leistungen der angehenden Rechtskundigen müßten sich zeitiger heben. Als sodann Geheimrat Adolf Wagner empfahl, auf die Kenntnis in der Nationalökonomie beim ersten juristischen Examen mehr Wert zu legen, gab der Minister zu, daß die Bedeutung der Staatswissenschaft in diesem Falle noch nicht genügend berücksichtigt werde. Jedenfalls ergebe sich aber auch hieraus wieder, wie wenig mit einer Abkürzung des Studiums gerechnet werden dürfe. — Beim Etat des Finanzministeriums war es am Montag zu einer grundsätzlichen Erörterung über die wesentliche Richtung unseres Anleiheverfahrens, insbesondere auch über die Bedeutung der Konjunktur dafür gekommen. Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben erklärte, er betrachte es als das erste Prinzip für eine gesunde Finanzwirtschaft, die Aufgaben, die der Gegenwart obliegen, auch von der Gegenwart lösen zu lassen und nicht einer fernen Zukunft zu übertragen, die am ihren eigenen Aufgaben genug zu tragen haben werde. Haben wir eine so geringe Schuldentilgung, wie tatsächlich der Fall ist, so muß es eben die Forderung einer verständigen Finanzwirtschaft sein, solche ungenügende Schuldentilgung zu ergänzen. Große industrielle Anlagen schaffen da einen Reservefonds; im preußischen Etat haben wir einen solchen nicht, ersetzen ihn aber dadurch, daß aus laufenden Mitteln neue werbende Anlagen geschaffen werden. Im Reiche werden die werbenden Anlagen in 30 Jahren getilgt, die nicht werbenden sogar in 22 Jahren, Preußen steht darin also zurück. Selbst wenn man das ganze Extraordinarium als werbende Anlage ansehe, würden wir hinsichtlich der Schuldentilgung weit hinter dem zurückbleiben, was im Reiche von allen Seiten gefordert und auch durchgeführt worden ist.

Mit diesen und weiteren Ausführungen trat der Finanzminister einer allgemeinen Kritik entgegen, die Herr von Gwinner unmittelbar zuvor geübt hatte, und in der Presse hat man einer derartigen Auseinandersetzung zwischen dem Leiter der preußischen Finanzen und dem Direktor der Deutschen Bank denn auch entsprechende Beachtung zu teil werden lassen. Sehr eingehend befaßte sich die Zuschrift eines hervorragenden Finanzfachmannes an die Vossische Zeitung mit der Herrenhausrede des Herrn v. Gwinner. Habe sie die materielle Solidität unserer staatlichen Finanzwirtschaft auch anerkannt, so unterschätze sie doch deren Wert, konform mit einer Ueberschätzung der reinen Finanztechnik. Wohl lasse sich durch geschickte Lancierung und Aufmachung der Kurs eines Dividendenpapiers höherbringen, obgleich für die Dauer der innere Wert der Anlage sich wieder entscheidend geltend machen müsse. „Aber bei einer Staatsschuld von praeter propter 20 Milliarden Mark sind für die Kurshöhe, wenn man von den bloßen Tagesschwankungen absieht und die Durchschnittshöhe eines und mehreren Jahre ins Auge faßt, noch andere Faktoren von ungleich wichtigerer Bedeutung als die Mittel und Mittelchen, auf die Herr v. Gwinner hinweist." Nachdem dargelegt ist, daß die Anwendung „kleiner Mittel" seit Jahren in verschiedener Form vom Reiche wie von Preußen sachgemäß und mit Sorgfalt betrieben wurde, kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß sich der Charakter heutiger Staatsanleihen eben nicht wandeln läßt, am wenigsten bei der Höhe ihrer Schuldbeträge. Hier könne nur tunlichste Sparsamkeit und Einschränkung in Betracht kommen. Wenn aber von dem Redner empfohlen wurde, erhöhte Tilgungsmittel für Ankauf von Staatspapieren im freien Markte zu verwenden, so möchte diese bankmäßige Taktik allerdings zunächst eine Erhöhung des Kursstandes bewirken. Allein sie wäre im Grunde dennoch künstlich und werde, wenn einmal stärkere nachteilige Faktoren entgegenwirkten, zur Enttäuschung der Staatsgläubiger einen um so größeren Preissturz zur Folge haben. England, das in der Tilgungstätigkeit immer voran war, habe zum Beispiel 1906 und 1907 seine Schulden um mehr als 800 Mill. Mark vermindert, und doch bewährte sich die Theorie, die Herrn von Gwinners Rede jetzt verfocht, so wenig, daß die englischen Konsols eben damals um fast 7 pCt. gegen den Stand von 1905 fielen. Diese Erscheinung erklärte sich vielmehr aus der Lage des Geldmarktes überhaupt. Der wirklich ausschlaggebende Grund für die absteigende Kursentwicklung der englischen und in gleicher Weise auch der deutschen Anleihen im letzten Jahrzehnt beruht nämlich in dem ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwunge, den beide Länder in dieser Zeit genommen haben, und auf der damit in engster Verbindung stehenden Kapital- und Geldverteuerung in beiden Ländern. Das sind Ursachen, gegenüber denen sich selbst die ausgezeichnete Finanz- und Schuldenpolitik Englands fast wirkungslos erwies, gegenüber denen sich das im Laufe des letzten Jahrzehnts in beiden Ländern enorm gewachsene Nationalvermögen, dessen Zuwachs nach vielen Milliarden zählte, nicht ausreichend zeigte, um das an den Markt kommende Konsolmaterial ohne enormen Preisabschlag aufzunehmen. Weitere Ausführungen befaßten sich dann mit einer vergleichenden Kursstudie über die Anleihen der Großstaaten. Auch hier bestätigten sich die schon vorangestellten Sätze.

Auch der Hinweis begegnet in der Presse, daß die Grundlagen der v. Gwinnerschen Kritik alles andere als neu seien. „Es handelt sich", so lesen wir in der Kölnischen Volkszeitung, „um eine in der theoretischen Literatur bereits recht ergiebig behandelte Differenz, die sich vielleicht am kürzesten dahin feststellen läßt: Einzelbilanz gegen Gesamtbilanz. Die Streitfrage hat auch die Parlamente anderer Länder mehr als einmal beschäftigt. Herrn v. Gwinner ist zuzuerkennen, daß er in der Finanzwelt auf den Namen einer ersten Autorität Anspruch erheben darf. Aber was für die Leitung einer Großbank richtig erscheint, braucht deshalb für die Finanzwirtschaft eines staatlichen Gemeinwesens noch nicht richtig zu sein. Herr v. Rheinbaben, der auf dem Gebiete der staatlichen Finanzwirtschaft reiche Erfahrungen sammeln konnte, wird vermutlich sich nicht veranlaßt sehen, von der bisher beobachteten Finanzpolitik abzulassen, und wir halten dafür, daß er damit — trotz den Bedenken des Herrn v. Gwinner — auf dem rechten Wege ist."

* * *

Im Abgeordnetenhause nahm die Beratung der Denkschrift betreffend die Forderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen während des Jahres 1909 breiteren Raum ein. Ausführungen eines Zentrumsmitgliedes gipfelten in der Mahnung, von der jetzigen Ansiedlungspolitik abzulassen. Landwirtschaftsminister v. Arnim warf hier mit Recht die Frage auf, was geschehen wäre ohne diese Politik. Gegen die Tendenz des Polentums, das deutsche Wesen im Osten zurückzudrängen und ihm den Boden zu entreißen, mußte die Regierung einschreiten. Ueberdies handle es sich nicht so ausschließlich darum, wieviel Grundbesitz in deutsche Hände übergegangen sei, sondern auch darum, wieviele Menschen dorthingekommen sind. An die Stelle der polnischen Bevölkerung ist in den besiedelten Gegenden die deutsche Bevölkerung getreten. Zu diesen Ansiedlern gesellen sich noch 20 000 Arbeiter hinzu, insgesamt sind 120 000 Deutsche nach dem Osten gekommen. Diese hätten sich dort nicht halten können, wenn sie nicht angesiedelt worden wären. Nun bestehe allerdings eine starke Abwanderung aus der Ostmark, hervorgerufen durch den wirtschaftlichen Boykott der Polen gegen die Deutschen. Aber auch das ist schon anders geworden durch die Ansiedlungspolitik; nur die Ansiedlungskommission tätig gewesen ist, hat die deutsche Bevölkerung um 33 pCt. zugenommen. Die Etats der Städte und die Steuerkraft der Bevölkerung sind seit dem Bestehen des Ansiedlungsgesetzes von 1886 ungemein angewachsen; überall ist ein starker Einfluß unserer Politik zu merken. Auch bei den Reichstagswahlen hat sich seit der energischeren Tätigkeit der Ansiedlungskommission, seit 1903, eine Verstärkung des deutschen Elements gezeigt, und dieselbe Erscheinung ergibt die Bevölkerungsstatistik; die Zunahme der deutschen Bevölkerung ist stärker als die der polnischen. Ueberall zeigt sich das erfreuliche Fortschreiten des Deutschtums, und dies ist eine nationale Sache, die sich gar nicht in Geldeswert berechnen läßt. Die ganze Entwicklung der Kultur der Provinz, so schloß der Minister unter dem Beifall des Hauses, sei mehr wert, als die Mittel, die der Staat hineingesteckt habe.

Ebenfalls ein bedeutendes Kulturwerk für den Osten der Monarchie stellt der Gesetzentwurf, betreffend den Abschluß der Nogat dar. Schon seit Jahrhunderten ist eine günstigere Gestaltung der Weichselmündung, deren Gebiete durch Hochwasser stets besonders litten, angestrebt worden. Von 1889 bis 1897 ist der Nehrungsdurchstich zur Ostsee sowie die Durchdeichung der Elbinger und Danziger Weichsel vollzogen worden; von 1901 bis 1907 wurde das Hochwasserbett der Weichsel bis zur Abzweigung der Nogat durchgreifend verbessert. Zum Abschluß des Gesamtregulierungsplans der Weichselmündungen fehlte also der letzte Teil, der in der hochwasserfreien Abschleusung der Nogat von der Weichsel zu bestehen hatte. Erst hierdurch werde, so führte bei Begründung des Entwurfs der Landwirtschaftsminister aus, eine einheitliche Weichselmündung geschaffen, die allein eine glatte Abführung des Eisganges gewährleiste. Der vorliegende Entwurf bezwecke nun in erster Linie den Abschluß der Nogat. Die Abdämmung des Weichsel-Nogat-Kanals solle durch zwei Querdämme erfolgen. Zur Erweiterung des Hochwasserprofils bei Pieckel und zur günstigeren Gestaltung der Deichlinie müssen die vorspringenden Deichecken bei Pieckel beseitigt und der anschließende rechtsseitige Weichseldeich zurückverlegt werden. Außerdem seien verschiedene Folgeeinrichtungen an der Weichsel und an der Nogat notwendig. Fernet sei eine Erweiterung der Dirschauer Brücken nötig, was einen Betrag von zusammen 18 Millionen erfordert. Dafür ergibt sich eine Reihe von großen wirtschaftlichen Vorteilen und Erleichterungen. Zunächst wird der endlich gesicherte Grund und Boden an Wert steigen, die Deichbeiträge verringern sich, ebenso andere Unkosten, der Verkehr kann sich ausgestalten, und durch die Zusammenhaltung der Wassermengen der Weichsel werden die Eisgänge im unteren Weichselaufe günstiger gestaltet. Den Weichselniederungen, namentlich der Danziger, Marienburger, Marienwerderer und Falkenauer Niederung, werden mithin in Zukunft Gefahren kaum mehr drohen, zumal dann auch die Weichselmündung selbst leichter und ohne größere Kosten von Sandablagerungen freigehalten werden kann. — Die Vorlage ging an eine Kommission; diese beendete schon am Mittwoch abend die Beratung. Der Entwurf wurde im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen und nur die Schadensersatzpflicht etwas anders geregelt. Weiter wurde eine Resolution beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, die nach Abschluß der Nogat zur Offenhaltung des Pillauer Tiefs und Seegatts in bisheriger Tiefe erforderlichen Beiträge zur Herstellung, Erhaltung und Benutzung von Baggergeräten, insoweit sie nicht nach dem vorliegenden Gesetz oder sonst zur Verfügung stehen, rechtzeitig durch den Staatshaushaltsetat anzufordern. Die Regierungsvertreter erklärten ihre Zustimmung zu dieser Resolution.

* * *

Zwei neue Reichstagsersatzwahlen sind durch das gleichzeitige Ableben der Vertreter von Frankfurt a. O. und von Zschopau-Marienberg erforderlich geworden, während in dem niederschlesischen Wahlkreise Landeshut-Jauer schon die erste Entscheidung gefallen ist. Bei fast gleicher Höhe der Stimmenzahl tritt der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl ein; für den letzteren stimmten über 1450, für den Linksliberalen rund 700 Wähler mehr als im Januar 1907. Ihre Mitbewerber büßten dagegen ein: der Konservative (1907 war hier ein Freikonservativer aufgestellt gewesen) 1170, der Zentrumskandidat 470, und die Betrachtungen in den Blättern befassen sich je nach dem Parteistandpunkt mit dieser Erscheinung. Von der Deutschen Tageszeitung wird die Verschiebung nach links dadurch erklärt, daß die nationalliberalen Wähler, die letzthin freikonservativ gestimmt haben dürften, nun fortschrittlich votierten. Die Kreuzzeitung hingegen schreibt: „Offenbar hat der konservative Kandidat aber den auffallend starken Stimmenverlust dem Umstande zu verdanken, daß in der letzten Zeit gewisse freikonservative Führer und Preßorgane bemüht waren, gegen die Konservativen und für den Liberalismus Stimmung zu machen. Der Stimmenzuwachs, der dem Fortschrittskandidaten zugefallen ist, dürfte im wesentlichen aus dem Lager der Reichspartei entstammen, aus dem bei den Wahlen 1907 der Kandidat gestellt worden war." Es heiße jetzt für die Konservativen, durch Arbeit ein ihnen günstigeres Ergebnis der nächsten Reichstagswahl vorzubereiten. — Inwiefern der Rückgang der Zentrumsstimmen zu bewerten sei, erörtert die Germania nicht; sie unterläßt auch eine nähere Vermutung darüber, auf welche Seite sich die Verlorengegangenen etwa schlugen. Dagegen fragt das Berliner Zentrumsblatt, warum Konservative und Zentrum nicht zusammengegangen seien. Gemeinsam hätten sie doch die meisten Stimmen aufgebracht, ihr Kandidat wäre in die Stichwahl gekommen. Daß eine der beiden Parteien für sich allein die dazu nötige Stimmenzahl aufbrachte, sei doch vorweg ausgeschlossen gewesen. „Die Zentrumspartei hat es jedenfalls bisher noch nie zur Stichwahl gebracht und angesichts der konfessionellen Verhältnisse des Wahlkreises auch äußerst geringe Aussichten auf eine solche. Man sollte meinen, ein geeigneter gemeinsamer Kandidat hätte sich wohl finden lassen; wenn die Zentrumspartei verzichtet und ihre Stimmen dem Herrn Stroffer gegeben hätte, so wäre das doch unter allen Umständen besser gewesen, als daß beide Parteien jetzt ausfallen. Sollten denn die Zentrumswähler, die jetzt treu geblieben sind, nicht auch so viele politische Einsicht besessen haben, um Mann für Mann ihre Stimmen für Stroffer abzugeben? Hoffentlich wird die Scharte bei den allgemeinen Wahlen wieder ausgewetzt. Da der Fortschrittler und der Sozialdemokrat fast die gleiche Stimmenzahl erhalten haben, so läßt sich über das Ergebnis der Stichwahl nichts voraussagen, falls die ausgefallenen Parteien sich neutral verhalten sollten. Vermutlich wird aber der Fortschrittler siegen." — Hierzu möchten wir nur bemerken, daß in Landeshut-Jauer ein Sozialdemokrat überhaupt zum ersten Mal zur Stichwahl gelangt ist, daß also den bürgerlichen Parteien hier die generelle Aufgabe erwächst, sich einem sofortigen weiteren Erfolg der „werbenden Kraft" des Radikalismus geschlossen zu widersetzen. Die Stichwahl mehrheiten gegen den Sozialdemokraten sollten nicht so eben noch hinreichend, sondern stets demonstrativ ausgestaltet werden.

Angesichts der Bedrohung durch die bekannte Rührigkeit sozialdemokratischer Agitation, der die beiden neuerledigten Wahlkreise noch mehr ausgesetzt sein werden als Landeshut-Jauer, wird bereits ein Abkommen zwischen den bürgerlichen Parteien, für Frankfurt a. O. und für Zschopau-Marienberg geschieht, von einigen Blättern nahegelegt. Etwa in dem Sinne, daß bei dem abschätzbaren Stärkeverhältnis der Gruppen die Konservativen in Frankfurt alsbald für den nationalliberalen Kandidaten, die Liberalen im sächsischen Bezirk hingegen ebenso für den rechtsstehenden Bewerber einträten. Freilich ist die Geneigtheit zu einem realpolitischen Abkommen dieser Art bei den Nächstbeteiligten vorläufig nicht groß. Doch ließen sich aus dem vorhin wiedergegebenen nachträglichen Tadel der Germania an die Adresse der Zentrumspartei in Landeshut-Jauer sehr wohl tristige Folgerungen auch für analoge Fälle ziehen.

Anknüpfend an die bekannte Rede des Herrn v. Gwinner im Herrenhause wiederholt die Kölnische Zeitung in Nr. 597 dessen Vorwurf gegen die Eisenbahnverwaltung, daß sie ihre Bestellungen zur unrichtigen Zeit herausgebe, nämlich zur Zeit der Hochkonjunktur, dagegen in den schlechten Zeiten mit den Aufträgen zurückhalte. Dieser Vorwurf muß zumal in dieser Allgemeinheit zurückgewiesen werden. Es ist Aufgabe eines jeden Geschäftsmannes, sich auf den Wechsel der Konjunktur einzurichten. Sowenig die Eisenbahnverwaltung sich darüber beklagen kann, daß die Industrie sie in der Zeit der Konjunktur mit Versandaufträgen überschüttet habe, während später die Aufträge ausblieben, so wenig kann die Industrie umgekehrt verlangen, daß die Eisenbahnverwaltung bei ihren Beschaffungen ihren Bedarf unberücksichtigt lasse, der naturgemäß in den Zeiten der Hochkonjunktur wesentlich höher ist, als in Zeiten des Verkehrsrückganges. Selbstredend wird eine verständige Verwaltung darauf sinnen, ihren Bedarf möglichst auszugleichen, ihn in Zeiten der Hochkonjunktur zurückzuhalten und in der Zeit des Niederganges mit der Bestellung tunlichst über den Bedarf hinausgehen. Das hat aber in den jeweiligen Verhältnissen seine natürliche Grenze, und es ist verfehlt und ungerecht, der Verwaltung ohne nähere Prüfung einen Vorwurf zu machen, wenn ihr der Ausgleich nicht völlig gelungen ist.

Wie liegen nun die Verhältnisse wirklich?

Der Teil der Geschäfte, der einen Ausgleich am ersten verträgt, ist die Bautätigkeit. Hier stellte sich die Ausgabe (einschließlich der Baudarlehen):

1904	164,2	Millionen Mark
1905	174,2	„ „
1906	207,8	„ „
1907	298,6	„ „
1908	306,7	„ „
1909	303,9	„ „

Diese Zahlen beweisen unwiderleglich, daß trotz des allgemeinen Geschäfts- und Verkehrsrückganges die Eisenbahnverwaltung ihre Bauaufträge gegenüber der Zeit der Hochkonjunktur nicht verkürzt hat.

Gewiß mag es der Industrie nicht leicht geworden sein, die großen Aufträge, die ihr von seiten der preußischen Staatseisenbahnen zur Zeit der Hochkonjunktur zu teil wurden, zu erledigen. Aber die Steigerung der Aufträge war lediglich eine Folge der über alles Erwarten starken und anhaltenden Verkehrssteigerung, die den Verkehr seit 1895 verdoppelt hat und in dieser Höhe von niemandem, von keinem Eisenbahnfachmann, aber auch von keinem Industriellen oder Finanzmann vorausgesehen war.

Etwas anders als bei den Bauten liegen die Verhältnisse bei der Betriebsmittelbeschaffung. Diese muß sich notgedrungen bereits mehr den Verkehrsverhältnissen anpassen. Insbesondere ist in den Zeiten des Verkehrsrückganges eine gleichmäßige Vermehrung in dem bisherigen Schrittmaß nicht immer möglich, schon weil eine Ueberzahl an Betriebsmitteln wegen der Auffüllungsschwierigkeiten den Betrieb behindern würde.

Die Ausgabe für die Betriebsmittelbeschaffung stellte sich:

1904 auf	130,5	Mill. Mark
1905 „	152,0	„ „
1906 „	197,5	„ „
1907 „	256,3	„ „
1908 „	251,9	„ „
1909 „	196,0	„ „

Auch hier hat in dem Jahre des stärksten Verkehrsrückganges (1908) eine nennenswerte Einschränkung in der Betriebsmittelbeschaffung nicht stattgefunden. Eine solche ist erst im Jahre 1909 eingetreten. Aber auch in diesem Jahre entfallen von dem veranschlagten Betrage neben 60 Mill. Mark für Ersatz immer noch 136 Mill. Mark auf die Betriebsmittelvermehrung, obwohl dank den energischen Maßnahmen der Verwaltung auf Vereinfachung des Betriebes die Zahl der Zugkilometer um 1,05 pCt. und der Verschiebedienst sogar um 4,88 pCt. gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Infolge der starken Vermehrung bei gleichzeitigem Rückgange der Betriebsleistung sind die Leistungen der einzelnen Betriebsmittel zum Teil wesentlich geringer geworden, als in früheren Jahren.

Beispielsweise leistete eine Lokomotive

1907	48 415 Kilom.
1908	44 490 „
1909	41 550 „

Auch bei Anrechnung aller Vorteile, die eine Vorsorge für die Zukunft bietet, dürfte die Eisenbahnverwaltung mit ihrer Betriebsmittelvermehrung im Interesse der Industrie bis an die Grenze des Zulässigen gegangen sein. Daß letztere damit nicht voll zufrieden gestellt ist, erscheint begreiflich; aber der Rückgang der Bestellung entspringt aus Verhältnissen, auf welche die Eisenbahnverwaltung keinen Einfluß hat. Auf keinen Fall hat die Fahrzeugindustrie zu Vorwürfen gegen die Verwaltung Anlaß.

Ob seitens des Stahlwerksverbandes Vorwürfe gegen die Eisenbahnverwaltung mit größerer Berechtigung erhoben werden können, mag folgende Betrachtung ergeben. Es sind von der letzteren bei dem Verbande an Schienen, eisernen Schwellen und Kleineisen bezogen worden im Etatsjahre:

1904	468 800	Tonnen	im Werte von	55,1 Mill. Mark
1905	536 800	„	„ „ „	65,0 „ „
1906	781 100	„	„ „ „	93,8 „ „
1907	676 700	„	„ „ „	89,4 „ „
1908	586 100	„	„ „ „	75,3 „ „
1909	485 000	„	„ „ „	61,5 „ „

Hier zeigt das Jahr 1906 die höchste Beschaffung, die Jahre 1907, 1908 und 1909 dagegen einen beträchtlichen Rückgang.

Vorab die Bemerkung, daß die bezeichneten Oberbaumaterialien keinen Artikel darstellen, der in beliebigen Mengen auf Lager genommen werden kann, vielmehr ist es notwendig, die Stücke gleich dorthin zu verfahren, wo sie demnächst verwendet werden sollen. Andernfalls würden große Lagerschwierigkeit und sehr erhebliche Stapelungs- und Transportkosten entstehen.

Diese Materialien sind notwendig einmal als Ersatz für den Verschleiß an den Gleisen, der seinerseits in beträchtlichem Maße von der Stärke des Verkehrs abhängig ist, zum anderen zur Vermehrung der Geleislänge, die gleichfalls lediglich durch die Verkehrssteigerung notwendig wird.

In beiden Beziehungen haben nun besondere Umstände die große Schwankung des Bedarfs hervorgerufen. Die Auswechslung verschlissener Teile erfolgt teilweise in der Form der Einzelauswechslung, teilweise im Zusammenhange (Gleisumbau). Dabei ergab sich in der Zeit des stetig wachsenden Verkehrs, daß die bisherigen Oberbauformen gegenüber den gesteigerten Verkehrsansprüchen zu schwach waren, um ohne Aufwendung übertriebener Mittel betriebssicher zu stand gehalten werden zu können. Es wurden daher bei der Gleiserneuerung wesentlich verstärkte Formen angewendet, aber auch bei der Einzelauswechslung die Gleise durch kräftigere Laschen, Vermehrung der Schwellen, Einbau von Unterlagsplatten und Anbringung von Vorrichtungen gegen das Wandern erheblich verstärkt. Darüber hinaus wurde im Jahre 1902 beschlossen, einen beschleunigten Umbau der Hauptschnellzugslinien mit schwerem Oberbau vorzunehmen, wofür 90 Mill. Mark in 6 Jahresraten von je 15 Millionen Mark durch das Extraordinarium bereit gestellt wurden. Die letzte Rate hierfür wäre also für 1908 bereit zu stellen gewesen, wurde aber aus praktischen Gründen auf 1908 und 1909 mit 10 und 5 Mill. Mark verteilt. Immerhin zeigt das Jahr 1907 die letzte volle Rate von 15 Mill. Mark, und da die Beschaffung der Verwendung in der Regel um ein Jahr vorausgeht, so entfallen aus diesem Anlaß auf das Jahr 1906 erhöhte Materialmengen als auf die folgenden Jahre.

Die getroffenen Maßnahmen zeigten nach ihrem Abschluß die erhofften wirtschaftlichen Vorteile, und zwar in einem geringeren Verschleiß der Gleise und dementsprechend in einem Rückgange des Bedarfs an Oberbaumaterialien. Daß diese Wirkung gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges hervortrat, ist ein für die Stahlindustrie unglücklicher, für die Eisenbahnverwaltung aber erfreulicher Umstand. Doch damit nicht genug! Auch bei dem Bedarfe für die Vermehrung der Gleise fiel der Höchstbedarf mit der Hochkonjunktur zusammen, ohne daß sich eine Verschiebung in der Beschaffung hätte ermöglichen lassen. Der gewaltige Verkehrsaufschwung und die daraus entspringenden Betriebsschwierigkeiten nötigten die Eisenbahnverwaltung, im Jahre 1906 mit einer energischen Vermehrung der zweiten Gleise vorzugehen. Zufällig trat im gleichen Jahre auch die Notwendigkeit der Vermehrung der zweiten Gleise auf einer Reihe von Strecken im Interesse der Landesverteidigung hervor. Infolgedessen wurden im Jahre 1906 durch das Anleihegesetz und aus sonstigen Fonds nicht weniger als 1547 Kilom. neuer zweiter Gleise bewilligt, weit mehr als je vorher oder nachher, denn es wurden im ganzen bereitgestellt im Jahre:

1904	die Mittel für	114,1 Kilom.,
1905	„ „ „	149,7 „
1906	„ „ „	1547,4 „
1907	„ „ „	567,5 „
1908	„ „ „	473,3 „
1909	„ „ „	334,5 „
1910	„ „ „	218,7 „

Durch die großen Bewilligungen der Jahre 1906, 1907, 1908 und 1909 ist der Bedarf an zweiten Gleisen auf längere